



Kiebitz-Schutzprojekt soll Lebensräume sichern

Kiebitz-Schutzprojekt soll Lebensräume sichern
Die Bestände des Kiebitzes gehen in Deutschland seit vielen Jahren dramatisch zurück. Das hängt vor allem mit strukturellen Veränderungen in der Agrarlandschaft zusammen. Ein neues Projekt im Bundesprogramm Biologische Vielfalt soll durch praktische Maßnahmen und Beratung der Landwirtschaft die Brut- und Lebensbedingungen für diesen erschreckenden Bestandstrend. Um dem entgegenzuwirken gab die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Rita Schwarzelühr-Sutter bei einer Veranstaltung im schleswig-holsteinischen Bergenhusen. Schwarzelühr-Sutter: "Seit Anfang der 1990er Jahre ist die Zahl in Deutschland brütender Kiebitze um bis zu 75 % gesunken. Die Intensivierung der Landwirtschaft ist die Hauptursache für diesen erschreckenden Bestandstrend. Um dem entgegenzuwirken haben sich der NABU Bundesverband, der NABU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und die NABU Naturschutzstation Münsterland zu einem deutschlandweiten Verbundvorhaben zusammengeschlossen, das vom Bund mit rund 1 Million Euro gefördert wird." Der Kiebitz findet immer weniger geeignete Brutplätze. Das sind insbesondere ebene Offenlandflächen wie Äcker mit geringem oder niedrigem Bewuchs, Wiesen und Weiden mit kurzem Gras, Gewässerränder und Feuchtwiesen. Vor allem der intensivierte Anbau von Energiepflanzen führt zu einem verstärkten Rückgang wertvoller Grünlandflächen. Die Zunahme des Maisanbaus stellt eine weitere Veränderung dar, die es dem Kiebitz schwer macht, Flächen für seine Brut zu finden. Maisäcker werden zu einer Art ökologischer Falle für die Vogelart: Am Anfang verlockend für die Anlage des Geleges, bieten sie später weder genug Deckung noch ein ausreichendes Futterangebot für die Küken und ihre Eltern. Das Vorhaben wird vom Bundesumweltministerium mit 1 Mio. Euro gefördert und vom Bundesamt für Naturschutz fachlich begleitet. Ziel des Projektes ist es, naturschutzfachliche Grundlagen und verschiedene Maßnahmen für einen besseren Schutz des Kiebitzes zu erarbeiten. Bundesweit sollen Landwirte dazu bewegt werden, dauerhaft einen Teil ihrer Flächen für den Kiebitzschutz bereitzustellen und sogenannte Kiebitzinseln zu etablieren, die der Vogelart langfristig geeignete Brutplätze bieten. Das Projekt wird von einer Öffentlichkeitskampagne begleitet, die den Kiebitz als Sympathieträger und Botschafter für den Schutz und Erhalt von Grün- und Offenlandflächen in der deutschen Kulturlandschaft herausstellt. Weitere Informationen zum Projekt unter: <http://www.biologischerdiversitaet.de/21318.html>

Hintergrund
Das Bundesprogramm "Biologische Vielfalt" Die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) wird seit 2011 durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt unterstützt. Gefördert werden Vorhaben, denen im Rahmen der NBS eine gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung zukommt oder die diese Strategie in besonders beispielhafter Weise umsetzen. Die geförderten Maßnahmen tragen dazu bei, den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland zu stoppen und mittel- bis langfristig in einen positiven Trend umzukehren. Sie dienen dem Schutz und der nachhaltigen Nutzung sowie der Entwicklung der biologischen Vielfalt und gehen über die rechtlich geforderten Standards hinaus. Akzeptanzbildende Maßnahmen der Informationen und Kommunikation tragen dazu bei, das gesellschaftliche Bewusstsein für die biologische Vielfalt zu stärken. Weitere Informationen zum Bundesprogramm: www.biologischerdiversitaet.de/bundesprogramm.html

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: service@bmu.bund.de
http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_573452

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.